



STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Florian Hassler
Staatssekretär

Ortsverband der Grünen in Überlingen
Herrn Thomas Brandt
Im Kirchleösch 22
88662 Überlingen

23. Dez. 2022

Sehr geehrter Vorstand des Grünen Ortsverbandes Überlingen,
sehr geehrter Herr Brandt,
sehr geehrte Frau Dreiseitl-Wanschura,
sehr geehrter Herr Dreiseitl,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Herrn Ministerpräsident Kretschmann. Er hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Es freut mich zu hören, dass Sie sich in Ihrer Region dafür engagieren, die Energiewende vor Ort und an konkreten Beispielen greifbar zu machen. Denn schließlich handelt es sich dabei nicht nur um eine der ganz großen politischen Herausforderungen auf Bundes- und Landesebene, sondern am Ende kommt es auf die Umsetzung vor Ort an: auf das Engagement vieler Menschen, die konkrete Projekte auf die Beine stellen, die ihre Dächer oder andere Flächen für die Stromproduktion nutzbar machen, oder die zur Akzeptanz von Erzeugungsanlagen in der eigenen Kommune beitragen.

Zunächst einmal kann ich Ihnen versichern, dass die Landesregierung alle Hebel in Bewegung setzt, um hier radikal schneller zu werden. Dazu hat Herr Ministerpräsident Kretschmann im Oktober 2021 die vom Abgeordneten

Martin Hahn erwähnte „Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien“ ins Leben gerufen. Denn wir sind uns einig, dass das bisherige Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren bei Weitem nicht ausreicht, um bis 2040 klimaneutral zu werden, wie es das ausdrückliche und gesetzlich verankerte Ziel dieser Landesregierung für Baden-Württemberg ist.

Die Task Force, die auch den Sachverstand externer Berater einbezieht, hat die Aufgabe, die Planungs- und Genehmigungsverfahren insbesondere für Windenergieanlagen radikal zu beschleunigen – die Zeit von derzeit im Schnitt etwa sieben Jahren soll mindestens halbiert werden – und die notwendigen Flächen und Standorte verfügbar zu machen.

So ist es im Zusammenspiel mit den vom Bund umgesetzten Maßnahmen bereits gelungen, ab dem Frühjahr 2023 einen Beschleunigungseffekt von bis zu drei Jahren zu erzielen.

Maßgeblich dafür sind insbesondere die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens, die Teil-Digitalisierung des Antrags- und Genehmigungsverfahrens sowie die Einrichtung von Stabsstellen Energiewende bei den vier Regierungspräsidien, die die Genehmigungsbehörden unterstützen und die Einhaltung von Fristen überwachen.

Weitere Schritte sind in Arbeit, darunter insbesondere die vollständige Digitalisierung der Genehmigungsverfahren sowie die Anpassung verschiedener Fachgesetze, so z.B. das Denkmalschutzgesetz, um den bürokratischen Aufwand zu verringern.

Ein zweites großes Handlungsfeld ist es, mehr Flächen als bisher prinzipiell für die Energieerzeugung verfügbar zu machen. Als Ansätze hierbei sind unter anderem zu nennen:

- Mit der Regionalen Planungsoffensive arbeiten wir intensiv daran, 1,8 Prozent der Landesfläche bis zum Jahr 2025 regionalplanerisch für die Windenergie zu sichern. Flächen für Photovoltaik kommen noch hinzu.
- Um den Regionalverbänden die Ausweisung dieser Vorrangflächen zu erleichtern, hat die Task Force den Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie vorgelegt. Er dient dazu, für Windkraft geeignete Flächen zu identifizieren, die artenschutzrechtlich unbedenklich sind, und lokalisiert gleichzeitig naturschutzfachlich besonders wertvolle Bereiche.
- Auf Initiative Baden-Württembergs hin hat die Bundesregierung Landschaftsschutzgebiete weitgehend für Windkraftanlagen geöffnet.
- Auch die Einstufung als regionaler Grünzug ist kein Hindernis mehr für Erneuerbare.
- Wir haben eine neue Planungsgrundlage Windenergie und Auerhuhn erarbeitet, durch die auf rund 15.000 Hektar Windpotenzialflächen die Auerhuhnrestriktion entfallen kann.
- Nach langjähriger Forderung gegenüber dem Bund ist es gelungen, den Anlagenschutzbereich sogenannter Doppler-Drehfunkfeuer von 15 auf sieben Kilometer zu reduzieren. Damit werden erhebliche zusätzliche Flächen für die Windenergie erschlossen, ohne die Luftsicherheit zu verringern.
- Jährlich schreiben wir Flächen im Staatswald für die Verpachtung für Windkraftanlagen aus. In den ersten drei Tranchen waren das bereits rund 4.000 Hektar.

Ich hoffe, die obigen Erläuterungen können anschaulich machen, dass wir wirklich jede Stellschraube der komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der Flächenbereitstellung genau unter die Lupe nehmen, um Potenziale für den zügigen und umfangreichen Ausbau der erneuerbaren Energien zu aktivieren.

Lassen Sie mich nun noch skizzieren, wie der Vergleich mit Bayern einzuordnen ist:

Bei der Photovoltaik (PV) auf Dächern liegen Baden-Württemberg und Bayern – in Relation zur Anzahl der Gebäude – ungefähr gleichauf. Der stärkere Zubau von PV-Anlagen in Bayern ist daher im Wesentlichen auf die größere Verbreitung von Freiflächenanlagen zurückzuführen. Hier spielt eine Rolle, dass die Bevölkerungsdichte in Baden-Württemberg deutlich höher ist als in Bayern: Bayern hat ca. 15% mehr Einwohner als Baden-Württemberg, seine Fläche ist aber doppelt so groß. Das bringt naturgemäß bei uns intensivere Flächenkonkurrenzen mit sich. Auch ist die Haltung der Landwirtschaftsverbände in Bayern gegenüber einer PV-Nutzung im Grundsatz positiver. Die größere Reserviertheit in Baden-Württemberg könnte auch durch den hohen Pachtanteil von 60 Prozent der Flächen mitbestimmt sein, denn selbstnutzende Eigentümer von Landwirtschaftsflächen haben einen anderen Blick auf die Möglichkeiten zur Einkommensgenerierung als Pächter.

Auch auf kommunaler Ebene ist noch Überzeugungsarbeit zu leisten, denn in Bayern stellen die Kommunen häufiger die erforderlichen Bauleitpläne auf.

Die obigen Erwägungen führen dazu, dass Baden-Württemberg insbesondere auf eine PV-Erzeugung setzt, die nicht in direkter Konkurrenz mit der landwirtschaftlichen Produktion steht. Sei es durch die verstärkte Nutzung von Restflächen wie Seitenstreifen an Verkehrsflächen oder ähnliches, oder sei es durch Agri-PV-Anlagen, wie es sie z.B. im Obstbau am Bodensee bereits gibt. Die Landesregierung setzt sich beim Bund und in Europa dafür ein, dass die Agri-PV in den Rechtsvorschriften besser berücksichtigt und ihre Genehmigung damit erleichtert wird. Zudem hat sie sich beim Bund erfolgreich dafür stark gemacht, dass Agri-PV ab dem Jahr 2023 in die reguläre Förderung des EEG (Erneuerbare Energien-Gesetz) übernommen wird. Die Bereitstellung von Flächen für PV-Anlagen entlang von Straßen bzw. an Tunnelanlagen ist darüber hinaus auch ein Punkt, den die Task Force derzeit bearbeitet.

Bei der Windkraft hatte die Landesregierung im Jahr 2012 die Weichen für einen Ausbau gestellt, der sich auch zwischen 2013 und 2018 in erfreulichen Zuwächsen bemerkbar gemacht hatte: es entstanden 350 Anlagen, und die installierte Leistung wurde nahezu verdreifacht. 2017 allerdings passte der Bund die Ausschreibungsregelungen an, und der Ausbau in den südlichen Ländern brach dramatisch ein. Das lässt sich in Bayern genauso wie in Baden-Württemberg ablesen: In der direkten Konkurrenz mit Standorten in Norddeutschland kamen süddeutsche Projekte nicht zum Zug, obwohl jede Anlage gebraucht wird, und gerade auch eine dezentrale Erzeugung von großer Bedeutung ist.

Die Landesregierung hat immer wieder versucht, bei den damaligen Bundesregierungen eine Anpassung der Ausschreibungsregelungen zu erreichen. Da diese aber keinen Bedarf an einem schnelleren Ausbau der Windenergie sahen, hat sich die Lage erst mit der aktuellen Bundesregierung wieder geändert. Die neue Bundesregierung stellte und stellt jetzt weiterhin die Weichen, damit der Windkraftausbau auch im Süden wieder neuen Schwung bekommt.

Mit diesem Rückenwind aus Berlin in Verbindung mit den beschriebenen eigenen Anstrengungen zur Erleichterung der Planungs- und Genehmigungsverfahren bin ich zuversichtlich, dass wir bald schon erhebliche Dynamik beim Ausbau von heimischer Stromerzeugung aus Wind und Sonne sehen werden. Und das ist schließlich nicht nur klimapolitisch notwendig, sondern darüber hinaus hilft uns jede solche Anlage dabei, unabhängiger zu werden vom Import fossiler Brennstoffe.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Hassler